

Amtsgericht  
- Familiengericht -

PLZ, Ort, Datum

Geschäfts-Nr.:

Anschrift, Telefon

Bitte bei allen Schreiben angeben

Ehescheidungssache

Name Antragsteller/in
gegen
Name Antragsgegner/in

- ☐ Sehr geehrte/r
- das Versorgungsausgleichsverfahren kann zurzeit aus den nachstehend angegebenen Gründen nicht weiter betrieben werden
- ☐ Antragsteller/Antragsgegner reicht den Fragebogen nicht zurück.
- ☐ Die Antrag stellende Partei kann bei der Ermittlung der Anrechte des Antragsgegners behilflich sein, indem sie für diesen die Angaben zum Versorgungsausgleich macht.
- ☐ Das Gericht kann zur Aufklärung einen Anhörungstermin anberaumen, das persönliche Erscheinen der Beteiligten anordnen und sie hierzu durch Zwangsgeldfestsetzung anhalten.
- ☐ Der Fragebogen wurde vom ☐ Antragsteller ☐ Antragsgegner unvollständig ausgefüllt.
- ☐ Dem ☐ Antragsteller ☐ Antragsgegner wird aufgegeben, den Fragebogen binnen ☐ Wochen vollständig ausgefüllt einzureichen.
- ☐ Folgende Angaben im Fragebogen fehlen:
- ☐ ☐ Dem Antragsteller ☐ Antragsgegner wird aufgegeben, binnen \_\_\_\_ Wochen die aus der in der Fotokopie beigefügten Mitteilung des Rentenversicherungsträgers genannten Versicherungslücken aufzuklären ☐ Originalunterlagen einzureichen ☐ weiteren Anträge auszufüllen.
- ☐ Senden Sie Ihre Antwort mit den etwa erforderlichen Unterlagen an den Versicherungsträger und teilen Sie dies dem Gericht mit.
- ☐ Sie werden daher aufgefordert, die genannten Auskünfte innerhalb von 3 Wochen zu erteilen.
- ☐ Ihnen wird ein Zwangsgeld von jeweils bis zu 25.000 € gemäß § 35 FamFG angedroht.
- ☐ Beschluss: Gegen Sie wird ein Zwangsgeld in Höhe von € \_\_\_\_ festgesetzt, da Sie die oben genannten Mitwirkungshandlungen nicht vorgenommen haben. Sie können die Vollstreckung des Zwangsgeldes durch Vornahme der genannten Mitwirkungshandlung binnen 3 Wochen vermeiden. Gründe: Die Festsetzung des Zwangsgeldes beruht auf §§ 220, 35 FamFG. Der ☐ Antragsteller ☐

Antragsgegner ist seiner Verpflichtung zu den oben genannten Mitwirkungshandlungen trotz Aufforderung und Androhung nicht nachgekommen.

☐ Das Zwangsgeld kann wiederholt festgesetzt und erhöht werden, wenn Sie weiterhin nicht am Versorgungsausgleichsverfahren in der geforderten Weise mitwirken.

☐ Beschluss: Der Zwangsgeldbeschluss vom \_\_\_\_\_ wird aufgehoben, da der ☐ Antragsteller ☐ Antragsgegner die Mitwirkungshandlung vorgenommen hat.

☐ Sie haben ☐ Ihr Mandant hat den vor 6 Monaten übersandten Fragebogen zum Versorgungsausgleich ohne Angabe von Gründen nicht zurückgesandt. Die Akte wird deshalb hier unerledigt weggelegt.

☐ Die Parteien haben den vor 6 Monaten übersandten Fragebogen zum Versorgungsausgleich ohne Angabe von Gründen nicht zurückgesandt. Die Akte wird deshalb hier unerledigt weggelegt.

☐ Sie werden zur Aufklärung von Lücken Ihrer Angaben im Versorgungsausgleichsverfahren geladen. Der Termin findet statt am \_\_\_\_\_  
Bringen Sie zum Termin die noch fehlenden Unterlagen mit. Sollten Sie vorher nachweisen, dass die Angaben gegenüber dem Versorgungsträger inzwischen nachgeholt wurden, kann der Termin entfallen. Erscheinen Sie unentschuldigt nicht, wird das bereits angedrohte Zwangsgeld gegen Sie festgesetzt und gegebenenfalls vollstreckt werden.

☐ Das Gericht bittet um Mitteilung binnen \_\_\_\_ Wochen, wann mit einer Auskunft zu rechnen ist, bzw. welche Angaben der Beteiligten noch fehlen.

☐ Das Gericht bittet um Mitteilung binnen \_\_\_\_ Wochen, ob der / die Versicherte inzwischen die Versicherungslücken aufgeklärt hat ☐ die fehlenden Unterlagen eingereicht hat.

☐ Das Gericht bittet um Auskunft über die Anrechte ☐ des Ehemannes ☐ der Ehefrau aus dem ungeklärten Konto.

☐ (Schreiben an Rentenversicherungsträger zu Händen Frau/Herrn Abteilungsleiter gegen EB)  
Leider sind \_\_\_\_ Sachstandsanfragen vom \_\_\_\_\_ und \_\_\_\_\_ unbeantwortet geblieben.  
Erteilen Sie bitte nunmehr innerhalb von \_\_\_\_ Wochen die erbetene Auskunft oder nennen Sie die Hinderungsgründe. Für den Fall der Nichteinhaltung der Frist wird ein Zwangsgeld gemäß § 35 FamFG angedroht.

☐ Beschluss: Gegen den Versicherungsträger \_\_\_\_\_ wird ein Zwangsgeld in Höhe von € \_\_\_\_\_ festgesetzt. Die Vollstreckung des Zwangsgeldes kann durch Mitteilung der geforderten Auskünfte binnen \_\_\_\_ Wochen vermieden werden. Gründe: Die Festsetzung des Zwangsgeldes beruht auf §§ 35, 220 FamFG. Er ist seiner Pflicht zur Auskunfterteilung trotz mehrfacher Sachstandsanfragen nicht nachgekommen. Der Eingang des gerichtlichen Auskunftersuchens vom \_\_\_\_\_ wurde mit Schreiben vom \_\_\_\_\_ bestätigt. Weitere Mitteilungen erfolgten nicht.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
Unterschrift